



## Bundestagswahl 2009: neue Verteilungsgerechtigkeit notwendig

von Dierk Hirschel und Knut Lambertin



Foto: www.fotolia.de;  
© Bernd Kröger

Der letzte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung kommt zu dem Ergebnis, dass die Einkommensunterschiede weiter zugenommen haben. Gleichzeitig wirkt der Sozialstaat. Ohne staatliche Umverteilung würden zwei von fünf BürgerInnen dieser Republik in Armut leben.

### □ Stand der Verteilungsgerechtigkeit

Verteilungsgerechtigkeit ist ein weites Feld. Die wichtigsten Dimensionen Einkommen, Bildung und Gesundheit stehen in einer Wechselwirkung zueinander und prägen die Diskussion um soziale Gerechtigkeit.

### □ Einkommen

Die Verteilung der Markteinkommen – die so genannte Primärverteilung – ist in den 90er Jahren ungleicher geworden. Die reichsten zehn Prozent verfügten 2001 über fast 42 Prozent des gesamten Markteinkommens. Die unteren 50 Prozent der Einkommenspyramide mussten sich mit bescheidenen drei Prozent des Kuchens zufrieden geben. Während die durchschnittlichen Markteinkommen zwischen 1992 und 2001 nicht vom Fleck kamen, kletterten diese bei den Spitzenverdienern kräftig. Das oberste Hunderttausendstel der Einkommensbezieher erzielte 2001 durchschnittlich 15 Mio. Euro vor Steuern. Damit erzielten die 650 reichsten Personen 35 Prozent mehr als 1992. Die 65 Superreichen, das oberste Millionstel, steigerten im gleichen Zeitraum ihr Markteinkommen auf durchschnittlich knapp 50 Millionen Euro. Ein Plus von fast 53 Prozent.

Die Schere öffnete sich in der zweiten Hälfte der 90er Jahre auch bei den Lohneinkommen. Zwischen 1998 und 2003 haben die Einkommensunterschiede unter den Arbeitnehmern zugenommen. Die reichsten zehn Prozent der Lohn- und Gehaltsempfänger verfügten 2003 über 26 Prozent des gesamten Bruttoeinkommens aus abhängiger Beschäftigung. Fünf Jahre vorher lag ihr Anteil noch bei 24,7 Prozent. Die unteren 50 Prozent bekamen hingegen nur ein Fünftel des Einkommenskuchens.

Staatliche Umverteilung kann Ungleichheit mindern. In Deutschland nimmt jedoch die Einkommensungleichheit auch nach Transfers, Steuern und Abgaben – so genannte Sekundärverteilung – zu. Die reichsten zehn Prozent der Steuerpflichtigen konzentrierten 2003 etwa ein Drittel des gesamten Nettoeinkommens auf sich. Die absolute Spitze der Einkommenspyramide, das reichste ein Prozent, verfügte über mehr als ein Zehntel. 1998 lagen die Vergleichswerte bei 31,5 Prozent (reichste 10 Prozent) bzw. 10,4 Prozent (reichstes ein Prozent). Das reichste Zehntel der Arbeitnehmer verfügte 2003 über 28,3 des gesamten Nettoeinkommens. Im Jahr 1998 waren dies noch 26,7 Prozent.

### □ Bildung

Die Ungleichheit wird durch Schulen und Hochschulen zementiert. Unser Bildungssystem ist nicht in der Lage, den Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserformance, also Bildungschancen und Bildungsteilhabe, zu entkoppeln. Im Gegenteil: Die Bildungseliten reproduzieren sich weitgehend selbst. Ein Akademikerkind hat, bei gleichen Kompetenzen in

Mathematik und Lesen, eine viermal so hohe Chance, ein Gymnasium zu besuchen, wie ein Facharbeiterkind. Vier von fünf Kindern aus Akademikerfamilien studieren. Aus Familien ohne Hochschulabschluss studieren nur 23 Prozent der Sprösslinge. Ungleiche Bildungschancen sind aber nur ein wichtiger Aspekt struktureller sozialer Ungleichheit. Neben der sozialen Herkunft verstärken geschlechtliche Diskriminierung oder regionale die Herkunft die Ungleichheit.

## □ Gesundheit

➤➤ Gesundheitliche Beeinträchtigungen werden häufiger bei sozial benachteiligten Kindern festgestellt. Hierzu zählen u.a. Sehstörungen, Sprachauffälligkeiten, psychomotorische Defizite, Beeinträchtigungen der geistigen Entwicklung, psychiatrische Erkrankungen sowie emotionale und soziale Störungen. Eine Ausnahme stellt Neurodermitis dar, die häufiger bei sozial besser gestellten Kindern auftritt. Etwa 90 Prozent aller Todesursachen im Säuglingsalter haben ihren Ursprung in der Perinatalzeit: Schwierige soziale Verhältnisse können sich als Schwangerschaftsrisiko auswirken. Unverheiratete ohne feste Partnerschaft, Angehörige niedriger sozialer Schichten, Berufstätige, die schwer arbeiten müssen, und berufstätige Mütter, sind stärker gefährdet. Vor allem hinsichtlich des Risikos für Früh- und Mangelgeburten ist der soziale Status wichtig.

Die Ursachen der steigenden Ungleichheit sind sehr vielschichtig. Erstens haben ökonomische Entwicklungstrends einer stärkeren Ungleichverteilung der Markteinkommen den Weg bereitet. Zweitens hat die Politik die negativen Folgen des ökonomischen Wandels verstärkt und die Verhandlungsposition der Gewerkschaften entscheidend geschwächt. Die ungleichere Verteilung der Markteinkommen wurde schwächer sozial- und einkommenspolitisch korrigiert. Drittens: Ein sozial hoch selektives Bildungssystem und sehr ungleiche gesundheitliche Startbedingungen sowie eine aristokratische Rekrutierungspraxis der gesellschaftlichen Eliten verfestigen die Ungleichheit.

## □ Verteilungsgerechtigkeit – programmatisch

### ■ Gerhard Weisser

Verteilungspolitik war in den Zeiten neoliberaler Hegemonie im Denken ein Unwort. Dementsprechend war das Wissen über den sozialdemokratischen Ökonomen Gerhard Weisser lange verschüttet. Eine Renaissance hat sein Denken durch die Armuts- und Reichtumsberichterstattung des Bundes erfahren. Weissers Lebenslagenkonzept ist maßgeblicher Bezugsrahmen des Berichts. Dieser Ansatz sei am besten geeignet, dem „mehrdimensionalen Charakter von Armut und Reichtum“ (1. Armuts- und Reichtumsbericht) gerecht zu werden. Zudem spiegeln sich nichtmaterielle Aspekte, wie Handlungsspielräume, soziale Netzwerke und kulturellen Errungenschaften, im Lebenslagenkonzept wider. Die Teilhabe am Wohl(fahrts)stand ist für die Menschen zentral – im Ergebnis. Allerdings haben sich manche Menschen auch mit ihrem niedrigen Wohlstandsniveau arrangiert, so Weisser.

„Verteilt werden Lebenslagen“, also alle Aspekte des menschlichen Bedarfs. Im Gegensatz zu einfachen Interpretationen der Verteilungspolitik, sieht Weissers Konzept weit mehr als die Verteilung von Vermögen, Einkommen und Transferzahlungen vor. Sie werden ergänzt durch Problemlagen: Ausbildungschancen, tatsächliche selbständige Erwerbstätigkeit (keine Soloselbständigen), Migration, Langzeitarbeitslosigkeit, Geschlecht, Armut, Sozialprestige und Arbeitszufriedenheit. Weisser gilt als einer der Väter des Godesberger Programms.

### ■ Godesberg

Den Arbeiten Weissers entsprechend stellt das Godesberger Programm der SPD von 1959 fest, dass „die Marktwirtschaft ... von sich aus keine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung“ gewährleisten. Es sei eine zielbewußten Einkommens- und Vermögenspolitik notwendig, weil diese ungerecht verteilt seien. Diese Ungleichheit resultiere aus der massenhaften Vermögensvernichtung durch Krise, Krieg und Inflation sowie aus einer „Wirtschafts- und Steuerpolitik, die die Einkommens-

und Vermögensbildung in wenigen Händen begünstigt und die bisher Vermögenslosen benachteiligt.“ Weiter stellte die SPD in Godesberg bereits fest, dass die privilegierten Schichten sich schrankenlos entfalteten, während besonders wichtige Gemeinschaftsaufgaben, wie Wissenschaft, Forschung und Erziehung, vernachlässigt würden.

#### ■ Berlin

Das Ziel der Verteilungsgerechtigkeit findet sich ebenso im Berliner Programm wieder. Im Grundwerteabschnitt steht folgende Formulierung: „Gerechtigkeit erfordert mehr Gleichheit in der Verteilung von Einkommen, Eigentum und Macht, aber auch im Zugang zu Bildung, Ausbildung und Kultur. Gleiche Lebenschancen bedeuten nicht Gleichförmigkeit, sondern Entfaltungsräume für individuelle Neigungen und Fähigkeiten aller.“ Die Gesellschaft werde durch alte und neue Privilegien charakterisiert. Einkommen, Vermögen und Chancen seien ungleich verteilt. Dies wirke sich auf die Willensbildung in Politik und Staat aus.

#### ■ Hamburg

Im Hamburger Programm will sich die SPD grundsätzlich nicht von den Erkenntnissen ihrer Nachkriegsprogramme trennen. Weiterhin wird die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen beklagt. Gerechtigkeit erfordere mehr Gleichheit in der Verteilung von Einkommen, Vermögen und Macht. Große Ungleichheiten in der Verteilung bedrohten die Gleichheit der Lebenschancen. Daneben kennt das aktuelle Parteiprogramm Gerechtigkeitsbegriffe, in deren Zentrum Teilhabe und Lebenschancen stehen. Diese dürfen aber getrost unter Verteilungsgerechtigkeit eingereiht werden. Anders ist es mit dem Konzept der Leistungsgerechtigkeit. Dies bedeutet, dass das Einkommen einer Person der Marktleistung für Andere entsprechen soll.

Mit Verteilungsgerechtigkeit ist das selbst wohlmeinend nicht in Einklang zu bringen. Bereits Weisser stellte vor über 50 Jahre zu Recht fest, dass auch Leistung nicht voraussetzungslos ist. Vielmehr beruhe die Leistung auf ungleich verteilten Voraussetzungen.

## □ Bundestagswahl 2009

» Angesichts der realen Ungleichheiten und der Forderung des Hamburger Parteiprogramms nach mehr Verteilungsgerechtigkeit stellt sich die Frage, wie die SPD dies erreichen kann. Ein „Weiter so!“ verbietet sich.

Im Wahlprogramm muss ein deutliches Bekenntnis zur Verteilungsgerechtigkeit stehen. Dazu gehört auch, verteilungspolitische Instrumente für deren Durchsetzung zu benennen.

Zunächst muss aber die Unübersichtlichkeit der sozialdemokratischen Gerechtigkeitskonzepte überwunden werden. Dabei muss man sich von ungeeigneten Konzepten verabschieden: Ein gerechter Prozess schafft noch keine Gerechtigkeit im Ergebnis, wenn bereits die Startchancen ungleich verteilt sind. Daher verbieten sich Ansätze wie Leistungsgerechtigkeit und prozedurale Teilhabegerechtigkeit. Auch eine ungerechte Verteilung zwischen den Generationen festzustellen, mag zwar eine Herausforderung darstellen. Jedoch muss angesichts der Verlässlichkeit politikwissenschaftlicher oder -beratender Prognosen deren Tauglichkeit bezweifelt werden. Solche Konzepte sind eher dazu geeignet, Angst zu verbreiten und Lösungsmöglichkeiten in der Gegenwart zu verneinen. Generationensolidarität statt Generationengerechtigkeit wäre eine richtige sozialdemokratische Antwort.

Auch geeignete Gerechtigkeitskonzepte müssen sich der Frage stellen, mit welcher Politik sie verwirklicht werden können. Schließlich müssen sie die ungleiche Primär- und Sekundärverteilung verringern. Und im Gegensatz zu den vorangegangenen zehn Jahren sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung müssen im nächsten Wahlprogramm Konzepte und Instrumente für eine gerechtere Verteilung der Lebenslagen stehen und glaubhaft vertreten werden.

Foto: www.istock.com; © dandelion 6



Für einen politischen Kurswechsel braucht es eine Gesamtstrategie. Eine Konzentration auf einzelne Politikbereiche wird dem Problem nicht gerecht. So kann eine expansive Bildungspolitik die Zahl der Studierenden und die Qualität der Abschlüsse erhöhen. Bei anhaltend hoher Arbeitslosigkeit steigt jedoch nicht die Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt. Der Verdrängungswettbewerb setzt sich lediglich auf höherem Niveau fort.

Im Mittelpunkt einer Politik für mehr Verteilungsgerechtigkeit steht die Überwindung der ungleichen Machtverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt. Hier haben die steigende Ungleichverteilung der Einkommen und die sinkende Lohnquote ihren Ursprung. Eine erfolgreiche wirtschaftspolitische Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und eine bessere Regulierung des Arbeitsmarktes würden wesentlich dazu beitragen, die Verhandlungsposition der abhängig Beschäftigten zu stärken.

Eine konjunkturgerechte Finanz- und Geldpolitik kann für höheres Wachstum und mehr Beschäftigung sorgen. Ziel ist ein qualitatives Wirtschaftswachstum. Eine nachhaltige Wachstums- und Beschäftigungspolitik umfasst Innovationspolitik ebenso wie öffentliche Investitionen in ökologische Modernisierung und Sanierung (ÖPNV, Bahn, Wasserver- und -entsorgung, energetische Gebäudesanierung). Dieser ökologische Umbau ist beschäftigungsintensiv und verknüpft somit Ökologie und Arbeit. Darüber hinaus sollte der Bereich der qualifizierten sozialen Dienstleistungen (Ge-

sundheit, Bildung) solidarisch finanziert ausgebaut werden. Der skandinavische Weg reduziert durch die einhergehende bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein zentrales Armutsrisiko.

Die SPD benötigt ein glaubhaftes verteilungspolitisches Konzept, das sowohl die Primär- wie auch die Sekundärverteilung einbezieht.

Vor der Agenda 2010 waren die Verteilungsverhältnisse nicht paradiesisch. Unter der Agenda 2010 wurden die gewerkschaftliche Verhandlungsposition und Wirkungsmächtigkeit des Sozialstaates beschnitten. Ob es sich hierbei um nicht beabsichtigte Nebenwirkungen handelt, sei dahingestellt. Dass die SPD in der Vergangenheit eine gerechtere Verteilung wollte, davon gehen wir aus. Entscheidend sind jedoch die Ergebnisse. Und diese sprechen leider eine sehr deutliche Sprache. Folglich reicht eine reine Willensbekundung für ein Mehr an Verteilungsgerechtigkeit im kommenden Bundestagswahlkampf nicht mehr aus. Es bedarf einer neuen Qualität sozialdemokratischer Verteilungspolitik! ■

⇒ Dr. Dierk Hirschel ist Chefökonom des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

⇒ Knut Lambertin ist Gewerkschaftssekretär und einer der Koordinatoren des Kasseler Kreises.